

EUROPÄISCHES PARLAMENT

2004



2009

7.7.2008

0063/2008

SCHRIFTLICHE ERKLÄRUNG

eingereicht gemäß Artikel 116 der Geschäftsordnung

von Eluned Morgan, Robert Goebbels, Miloslav Ransdorf, Claude Turmes und Fiona Hall

zu der Bekämpfung der Energiearmut in der Europäischen Union

Fristablauf: 7.11.2008

0063/2008

Schriftliche Erklärung zu der Bekämpfung der Energiearmut in der Europäischen Union

Das Europäische Parlament,

- unter Hinweis auf das Arbeitsdokument der Kommissionsdienststellen über Daten zur EU-Energiepolitik (SEK(2007)0012),
 - unter Hinweis auf die Mitteilung der Kommission vom 5. Juli 2007 mit dem Titel „Auf dem Weg zu einer Charta der Rechte der Energieverbraucher“ (KOM(2007)0386),
 - unter Hinweis auf seinen in erster Lesung verabschiedeten Bericht über den Vorschlag für eine Richtlinie zur Änderung der Richtlinie 2003/54/EG über gemeinsame Vorschriften für den Elektrizitätsbinnenmarkt,
 - gestützt auf Artikel 116 seiner Geschäftsordnung,
- A. unter Hinweis darauf, dass der steigende Weltmarktpreis für Öl die Energiekosten für die Verbraucher erhöht,
- B. in der Erwägung, dass Energie zu den Grundbedürfnissen des Menschen gehört, dass aber eine wachsende Zahl von EU-Bürgern ihre Energiekosten nicht mehr tragen können und dass schutzbedürftige Kunden, unter ihnen ältere Menschen, Menschen mit einer Behinderung und Familien mit niedrigem Einkommen, am härtesten betroffen sind,
1. vertritt die Auffassung, dass die Kommission eine Mitteilung über die Bekämpfung der Energiearmut in der Europäischen Union ausarbeiten sollte;
 2. fordert die Mitgliedstaaten auf, einzelstaatliche Definitionen des Begriffs „Energiearmut“ festzulegen und nationale Aktionspläne zur Beseitigung der Energiearmut auszuarbeiten;
 3. fordert die Kommission auf, neben der Sorge für die Einhaltung von Universaldienst- und Gemeinwohlverpflichtungen die von den Mitgliedstaaten vorgelegten Daten zu überwachen und zu koordinieren;
 4. beauftragt seinen Präsidenten, diese Erklärung mit den Namen der Unterzeichner der Kommission und dem Rat zu übermitteln.